

Deutscher Wirtschaftsbericht

Autor(en): **Müller, Karl H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **26 (1947)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335707>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Deutscher Wirtschaftsbericht

Berlin, Ende Mai 1947.

Zwei Jahre nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands ist es noch immer nicht möglich, ein zuverlässiges Bild über die tatsächliche Lage der deutschen Wirtschaft zu entwerfen. Eine Zusammenziehung der zurzeit verfügbaren amtlichen Angaben und privaten Schätzungen ergibt, daß das gegenwärtige deutsche Produktionsvolumen etwa 30 Prozent des Standes von 1936 betragen dürfte (30 Prozent in der britischen, 40 Prozent in der amerikanischen, 25 Prozent in der französischen und 35 Prozent in der russischen Besetzungszone). Dabei ist zu berücksichtigen, daß dieser Vergleichsziffer der Produktionsstand von 1936 innerhalb des *heutigen* «Reichsgebietes» zugrunde liegt und daß die Bevölkerung infolge der Massenumsiedlungen aus dem Osten und der Tschechoslowakei mindestens gleich stark geblieben ist. Die noch vorhandene Produktionskapazität dürfte erheblich höher liegen (bei etwa 50 bis 60 Prozent), ist aber wegen der noch zu erwartenden Demontagen für Reparationszwecke, deren Umfang noch immer nicht eindeutig feststeht, des Rohstoffmangels, der ungeklärten Währungssituation usw. vorerst ohne jede Bedeutung für eine weitere Produktionssteigerung. Die Hoffnung, daß in diesem Jahre endlich ein fühlbarer wirtschaftlicher Aufschwung eintreten werde, beginnt sich bereits zu verflüchtigen. Ohne beträchtliche Hebung des derzeitigen Produktionsniveaus besteht aber auch keine Aussicht, daß, wie vorgesehen, im nächsten Jahre der entsetzlich niedrige Lebensstandard wesentlich gebessert werden kann.

Die Diskussion über die verwickelten Probleme der deutschen Wirtschaft, die unablässig im Gange ist, hat, wie nicht anders zu erwarten, die widersprechendsten Meinungen auf den Plan gerufen. Von vollständiger «Reagrarisierung» (jedem seinen Garten!) bis zu kühnen Exportprogrammen, von radikaler Abwertung bis zu «Mark = Mark»-Plänen, von frühkapitalistischen bis zu modernsten utopischen Konzeptionen wird ein bunter Strauß von Rezepten geboten. In letzter Zeit ist auch noch eine neue «Schuldfrage» in Erscheinung getreten. Es wird heftig darüber gestritten, ob die Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftslebens wirklich nur an unvermeidlichen objektiven Störungsfaktoren scheitert oder ob nicht Fehler vorliegen, die auf Unfähigkeit, ja Böswilligkeit zurückzuführen sind. In diesem Zusammenhang taucht sogar das Wort «Sabotage» gelegentlich auf – Sabotage von seiten der Besatzungsmächte, der Verwaltung, des Kapitals, der Bauern, der Arbeiter usw. Von solch simplifizierenden Auffassungen, die nicht ernst zu nehmen sind, der Flüsterpropaganda aller Schattierungen allerdings willkommene Nahrung bieten, abgesehen, krankt die sachliche Erforschung der Probleme an Einseitigkeit und Voreingenommenheit. Fast alle Wirtschaftstheoretiker und -praktiker sehen jeweils nur eine Seite oder bestenfalls einige Teilausschnitte und sind überdies meist von vornherein auf eine bestimmte Doktrin festgelegt. Und es ist in der Tat außerordentlich schwierig, angesichts der chaotischen Verhältnisse zu einer realistischen Würdigung des Gesamtkomplexes zu gelangen, die alle in Frage kommenden Ele-

mente berücksichtigt und eine vorgefaßte Meinung vermeidet. Hierzu ist es vor allem erforderlich, zwischen primären und sekundären Ursachen des gegenwärtigen Zustandes zu unterscheiden. Auch auf diesem Wege wird sich zwar kein Allheilmittel finden lassen, wohl aber könnte dadurch eine gewisse Bereinigung der Diskussionsthemen erreicht werden, die nicht nur sehr viel unnützen Denkaufwand, sondern auch nicht unbeträchtliche Mengen an Papier und Druckerschwärze ersparen würde.

Die Hauptursache für das heute in Deutschland herrschende Chaos bildet die Tatsache, daß Deutschland eine totale kriegerische Niederlage erlitten hat. Diese Feststellung mag komisch anmuten, muß aber ausdrücklich getroffen werden, weil sie im deutschen Bewußtsein anscheinend überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Ohne die uneingeschränkte Akzeptierung der Tatsache, daß Deutschland bedingungslos kapituliert hat, daß es überdies durch einen sechsjährigen Vernichtungskrieg eine internationale Situation geschaffen hat, die nun dazu führt, daß neue heftige Interessen- und Machtkämpfe auf dem Rücken des deutschen Volkes ausgetragen werden, wird auch weiterhin die Erörterung des deutschen Problems in Deutschland selbst ins Uferlose gehen. Die Argumente über notwendige Wirtschaftseinheit, Grenzfragen, Reparationen, Überbevölkerung, Währungszerfall usw., die in einem endlosen Reigen mit geringfügigen Variationen immer wieder abgeleiert werden, sind, sofern sie von deutscher Seite vorgebracht werden, nicht nur ohne jeden praktischen Wert, sondern auch schädlich, weil sie den Durchschnittsdeutschen daran hindern, sich endlich damit abzufinden, daß Deutschland aufgehört hat, eine Großmacht zu sein und auf lange Zeit hinaus auch keine Aussicht hat, wieder zu einer solchen zu werden. Dieses Moment ist nicht nur von größter Bedeutung in seinem ideologischen und sozialpsychologischen Aspekt, sondern auch in unmittelbar praktischer Hinsicht. Die Wiederaufbaupläne mancher Städte und Gemeinden gehen von völlig unrealen Gegebenheiten aus und sind noch ganz befangen in den Vorstellungen von der «Größe» des untergegangenen Reiches.

Welche Aussichten bestehen für die künftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft? Nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz scheint die letzte Hoffnung auf Herstellung einer echten Wirtschaftseinheit geschwunden zu sein. Selbst wenn auf der nächsten im November in London stattfindenden Friedenskonferenz eine Einigung in dieser Frage erzielt werden sollte, würde die praktische Verwirklichung mindestens ein weiteres halbes Jahr in Anspruch nehmen. In der Zwischenzeit aber würde die zwischen Ost und West bestehende grundsätzliche Verschiedenartigkeit in bezug auf Struktur und Methoden der Wirtschaftsgestaltung eine noch viel gründlichere und umfassendere Ausprägung erlangt haben, als es heute schon der Fall ist. (Ein besonderes, in seiner ganzen Tragweite noch gar nicht abzusehendes Kapitel bilden zum Beispiel die in russischem Staatsbesitz befindlichen Mammut-Aktiengesellschaften in der Ostzone!) Es darf auch nicht übersehen werden, daß, den günstigsten Fall angenommen, selbst nach Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit jede Besatzungsmacht in der von ihr beherrschten Zone in der Lage sein würde, Eigeninteressen zur Durchsetzung zu bringen. (Die Viermächte-Verwaltung Berlins liefert hierfür – leider – immer neues Erfahrungsmaterial.) Maßgebend für den von deutscher Seite einzunehmenden Standort sollte jedenfalls die Tatsache sein, daß die Entscheidung über die Wirtschaftseinheit nicht von den deutschen

Bedürfnissen, sondern von den widerstrebenden Interessen der Siegermächte diktiert werden wird. Hält Rußland weiter an der Absicht fest, einen erheblichen Teil der deutschen Produktion als Reparationsleistung zu entnehmen und in seiner Zone ein staatswirtschaftliches System nach bolschewistischem Muster zu errichten, dann besteht überhaupt keine Aussicht für das Zustandekommen einer echten Wirtschaftseinheit, und diese Möglichkeit, so schmerzlich sie auch erscheint, sollte heute bereits in Rechnung gestellt werden. Die «Rechtsfrage», die merkwürdigerweise in den deutschen Überlegungen eine so überragende Rolle spielt, ist dabei völlig gegenstandslos. Rußland pocht mit ebenso gutem Recht auf wenigstens teilweise Wiedergutmachung der riesigen Schäden, die ihm durch die deutsche Invasion zugefügt worden sind (wobei natürlich dahingestellt bleiben muß, inwieweit Rußland eine weitgehende Eingliederung Ostdeutschlands in die sowjetische Planwirtschaft beabsichtigt), wie Amerika und England begreiflicherweise geltend machen, man könne ihnen nicht zumuten, mit ihrer Hilfeleistung an Deutschland die Reparationsleistungen an Rußland zu finanzieren.¹

Faßt man den ungünstigsten Fall, nämlich die völlige wirtschaftliche Trennung Ost- und Westdeutschlands ins Auge – und diese besteht faktisch und wird möglicherweise im Laufe des nächsten Jahres ihre endgültige offizielle Sanktionierung erfahren –, dann erscheint das Schicksal der russischen Zone ziemlich klar vorgezeichnet: sie wird in wachsendem Maße zu einem Abklatsch des russischen Plansystems werden. Die unter russischer Kontrolle arbeitenden Zentralverwaltungen der Ostzone, die heute bereits einen mächtigen, stark aufgeblähten bürokratischen Apparat darstellen, werden den in Gang befindlichen planwirtschaftlichen und Verstaatlichungsprozeß immer weiter, bis zur Erreichung des russischen Vorbildes, vorantreiben. Die ostdeutsche Wirtschaft wird dann mit all den Vorzügen und Nachteilen behaftet sein, die das russische System aufweist. Als erschwerend kommt allerdings hinzu, daß sie Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion unterworfen und praktisch den russischen Bedürfnissen angepaßt sein wird. Ihr Wohl und Wehe wird weitgehend von dem Gedeihen der russischen Wirtschaft abhängig sein. Angesichts der großen Schwierigkeiten, auf die der Wiederaufbau in Rußland stößt, wird man die Zukunftsaussichten Ostdeutschlands aber wohl kaum als sehr rosig ansehen können. In welchem Maße die zerrüttete deutsche Wirtschaft durch die Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion zusätzlich gestört wird, ist am Beispiel der Währungsentwicklung besonders klar erkennbar. Im Unterschied zu Westdeutschland ist in der russischen Zone sofort nach der Besetzung eine totale Bankkontensperre verfügt worden, die noch heute besteht (mit Ausnahme einer einmaligen geringen Auszahlung an Kleinsparer) und wohl auch nicht mehr aufgehoben werden wird. Trotzdem ist heute bereits der Geldüberhang in der Ostzone bedeutend größer als im Westen (die Schwarzhandelspreise sind durchschnittlich doppelt so hoch), weil der größere Teil der produ-

¹ Vermutlich wäre die Sowjetunion im Falle ihrer Teilnahme am Marshall-Plan verpflichtet worden, einerseits ihre Reparationsbezüge aus Deutschland zu reduzieren und andererseits ihre Zuschüsse an die Ernährung des deutschen Volkes zu erhöhen. Die äußerst schwierige ökonomische Lage, in der sich Rußland befindet, mag, neben andern Umständen und Erwägungen, für die ablehnende Haltung Molotows an der Pariser Konferenz ausschlaggebend gewesen sein. – Red.

zierten Güter (teilweise bis zu 90 Prozent) dem deutschen Markt ohne Gegenleistung entzogen wird. Eine nicht unwesentliche Rolle bei dieser inflatorischen Entwicklung spielen allerdings auch die außerordentliche Höhe des von der Sowjetischen Militäradministration in Umlauf gebrachten Besatzungsgeldes (laut einem Reuterbericht 12 Milliarden Mark, gegenüber 2,9 Milliarden in allen drei westlichen Zonen) sowie die nach Kriegsende durchgeführten umfangreichen Requisitionen (Kriegsbeute), die sich bis auf Kleider, Möbel und Hausrat erstreckten, wodurch die schon vorhandene Verknappung an notwendigen Gütern noch zusätzlich verschärft wurde.

Sind die Perspektiven der Ostzone zwar nicht erfreulich, aber doch berechenbar, so ist das künftige Schicksal Westdeutschlands noch in ziemliches Dunkel gehüllt. Einmütigkeit scheint nunmehr darüber zu herrschen, daß laufende Lebensmittel- und Rohstoffimporte erforderlich sein werden, um das Wirtschaftsleben aus der jetzigen Stagnation zu erwecken. Scharfe Gegensätze bestehen dagegen hinsichtlich der künftigen Wirtschaftsstruktur. Darauf ist es zurückzuführen, daß die vor einem halben Jahr formell vollzogene wirtschaftliche Vereinigung der britischen und der amerikanischen Zone noch keine wesentlichen praktischen Ergebnisse zeitigt hat. Der englisch-amerikanische Gegensatz ist doppelter Art: Einmal stehen sich sozialisierende und privatwirtschaftliche Tendenzen gegenüber, zum andern geht es um die Frage, ob eine gelenkte oder eine freie Wirtschaft angestrebt werden soll. (Auf mögliche Hintergründe, wie Beteiligungsinteressen des amerikanischen Kapitals, Schutz des britischen Exports usw., kann hier nicht eingegangen werden.) Die erste Seite des Gegensatzes ist vom Standpunkt eines jeden der beiden Partner aus gesehen verständlich und dürfte sich überbrücken lassen. Eine Kompromißlösung liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit und könnte unter Umständen einen nicht uninteressanten Wettbewerb zwischen gemeinwirtschaftlichen und privaten Unternehmungen zur Entfaltung bringen. Schwerwiegender und auch für die Praxis unmittelbar nachteiliger muß dagegen das zweite Moment beurteilt werden. Es ist begreiflich, daß Amerika bestrebt ist, das Prinzip der freien Konkurrenz überall da zur Geltung zu bringen, wo es entsprechende Einflußmöglichkeiten besitzt. Die Verfassung, in der sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet, dürfte aber für ein solches Experiment wenig geeignet sein. Solange Lohn- und Preisstopp, Rationierung nicht nur der Lebensmittel, sondern auch fast aller übrigen Güter des notwendigsten Bedarfes bestehen bleiben – und dies wird noch auf Jahre hinaus erforderlich sein –, verbietet sich die Einführung einer wirklich freien Wirtschaft von selbst. Andererseits ist es natürlich richtig, daß die Überbürokratisierung der Verwaltung, die bereits Tatsache ist, eine ernste Gefahr für die Wiedergewinnung gesunder Rentabilitätsverhältnisse bildet, die für die deutschen Exportchancen von größter Bedeutung sind. (In der russischen Zone wird der Frage der Rentabilität nur wenig Gewicht beigelegt, im Vordergrund steht die Erfüllung der Planziffern um jeden Preis . . .) Vielleicht wird aber gerade auf Grund dieser englisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheit schließlich in Westdeutschland ein zweckmäßig ausgewogenes Verhältnis zwischen zentraler Lenkung und freier Einzelinitiative zustande kommen, um das man ja auch in andern Ländern bemüht ist. Damit wäre allerdings die entscheidende Frage, die gelegentlich, aber nur zögernd gestellt wird, noch nicht geklärt: ob nämlich Westdeutschland auf die

Dauer überhaupt lebensfähig sein wird. So manches schwerwiegende Problem scheint heute noch kaum beachtet zu werden. Wird zum Beispiel die unbedingt erforderliche Wiedereinführung rationeller Herstellungsmethoden nicht ein Millionenheer von Arbeitslosen entstehen lassen? Was wird geschehen, wenn der planmäßig vorgesehene Export in Höhe von 3 Milliarden Mark auf Absatzschranken stößt? Diese Schwierigkeiten würden im übrigen auch durch die Verwirklichung der Wirtschaftseinheit nur unwesentlich gemildert werden. Es ist die große Illusion nicht nur des Durchschnittsdeutschen, daß alles leicht in Ordnung kommen könnte, wenn nur die Sieger sich endlich einigten oder am besten den Deutschen völlig freie Hand ließen. Es wird nicht erkannt, daß es gerade die vielfältigen Spannungen sind, die den gegenwärtigen unnatürlichen Zwischenzustand, der über die wirkliche Lage hinwegtäuscht, künstlich aufrechterhalten. Erst die Generalbereinigung des Nazierbes, die ja irgendwann einmal erfolgen muß, wird den vollen Umfang der wirtschaftlichen Katastrophe offenbaren. Der verschlissene und veraltete Maschinenpark, die abgenutzten Verkehrsanlagen, die zerstörten Städte können nur durch gewaltige Investitionen wieder auf einen modernen Stand gebracht werden. Sowohl ausländische Kredite wie auch Kapitalneubildung aus eigenen Mitteln bedeuten jedoch für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland Ausbeutung der Arbeitskraft bis zum Äußersten. Die Arbeitskraft selbst ist aber bereits in ihrer Substanz angegriffen, die physische Grenze der Ausbeutungsfähigkeit ist längst mehr als erreicht. In Niedersachsen wurde zum Beispiel festgestellt, daß dort das Arbeits-einkommen nur noch zu 57 Prozent die Ausgaben deckt. Für Dortmund hat man errechnet, daß der Anteil sogar nur 41 Prozent beträgt; dabei waren in der Dortmunder Untersuchung überwiegend Familien einbezogen, bei denen der Mann mindestens 48 Stunden gearbeitet hat. Rund die Hälfte der Ausgaben wurde aus Spargeldern und dem Verkauf (oder Tausch) von Sachwerten bestritten («Wirtschaftszeitung», Stuttgart vom 2. Mai 1947). Die auf 40 bis 50 Prozent des Normalstandes gesunkene Arbeitsleistung wird sich erst dann erheblich steigern lassen, wenn wieder einigermaßen erträgliche Lebensverhältnisse vorhanden sein werden. Diese sind aber wieder abhängig von einer beträchtlichen Erhöhung der Produktion bei gleichzeitiger radikaler Senkung der Selbstkosten. Um aus diesem *circulus vitiosus* herauszukommen, wird das deutsche Volk auf lange Jahre hinaus unter Bedingungen leben und arbeiten müssen, die sich von den gegenwärtigen nur graduell unterscheiden werden.

Die zahlreichen Diskussionen über Währungsreform, Wirtschaftseinheit, genaue und endgültige Festsetzung der Reparationen und des erlaubten Produktionsniveaus, klare Definition der legislativen und exekutiven Befugnisse usw. sind zwar insofern berechtigt, als die Lösung dieser Fragen die Voraussetzung bildet für den Beginn eines echten Wiereraufbaus; sie gehen aber am eigentlichen Problem vorbei. Man verspricht sich wahre Wunder von einzelnen Teillösungen, glaubt zum Beispiel, daß eine Währungsreform ohne beträchtliche Erhöhung des Güterumlaufs imstande wäre, im Handumdrehen «gutes» Geld in die Taschen der Leute zu zaubern. Die Bedeutung moralischer und psychologischer Momente soll natürlich keineswegs unterschätzt werden; von ihrer Wirkung sollte man sich aber nicht allzu viel versprechen, wo die Physis in ihrer Existenz nicht nur bedroht, sondern bereits weitgehend untergraben ist. Solange nicht die notwendigsten Bedarfsgüter in

genügender Menge vorhanden sind, wird man vergeblich an die Moral des Geschäftsmannes, des Beamten, des Bauern und des Arbeiters appellieren. Ob ein solcher einigermaßen normaler Zustand aber innerhalb der heutigen deutschen Grenzen, bei einer Bevölkerungsdichte von 220 Menschen auf den Quadratmeter (gegen 136 vor dem Kriege), einer äußerst ungünstigen Altersgliederung, einem katastrophalen Gesundheitszustand, einer nicht nur materiell zerstörten, sondern auch in ihren organischen Zusammenhängen völlig zerrütteten Wirtschaftsgrundlage überhaupt jemals erreicht werden kann, das wird erst die Zukunft erweisen. So indessen, wie die Dinge heute liegen, erscheint eine echte Lösung des deutschen Problems nur möglich im Rahmen einer gesamteuropäischen Regelung. Der Beitrag, den Deutschland hierzu liefern könnte, wird von deutscher Seite meist weit überschätzt, wie ja auch die Vorstellung, daß die ganze Welt sich um Deutschland bemühen müßte, noch weit verbreitet ist. Fast scheint es so, als komme dieser Illusion die Rolle einer Art von «List der Vernunft» zu, geeignet, ein Absinken in völlige Apathie zu verhindern oder wenigstens noch eine Zeitlang aufzuhalten.

KARL H. MÜLLER

Zur politischen Lage in Deutschland

Berlin, Ende Juni 1947.

Die im Laufe des letzten Jahres in allen Besetzungszonen durchgeführten Gemeinde- und Landtagswahlen ermöglichen eine vorläufige Beurteilung des politischen Kräfteverhältnisses in Deutschland. Es muß jedoch sogleich ausdrücklich betont werden, daß die deutschen Wahlergebnisse nicht mit dem gleichen Maß gemessen werden dürfen wie die echt demokratischer Länder. Die neue deutsche Demokratie, sofern man von einer solchen überhaupt schon sprechen kann, ist zunächst eine rein formelle und sie lebt noch von der Gnade (oder Ungnade) der Besetzungsmächte. Nicht nur die Parteienbildung ist von der Genehmigung der Militärregierung der jeweiligen Zone abhängig, sondern auch die Wirksamkeit der zugelassenen Parteien, und in noch stärkerem Maße unterliegt die Tätigkeit der Regierungen, Landräte, Bürgermeister usw. einer mehr oder weniger scharfen Kontrolle und Lenkung. Bei der Betrachtung der gegenwärtigen politischen Situation in Deutschland ist es also nicht abwegig, sondern sogar notwendig, sich gelegentlich die Frage vorzulegen, wie wohl alles wäre, wenn es keine Besetzung gäbe.